tives Schreiben gibt Ideen eine spezifische Gestalt: den Text. Dabei ist der Unterschied zwischen Sprechen und Schreiben grundlegend. „Eine Schreibe ist keine Rede." Im Schreibprozess manifestiert sich eine besondere Form der reflexiven und sinnlichen Wahrnehmung von Wirklichkeit. Kreatives Schreiben zeigt also nicht, wie man etwa dudengerecht zu schreiben hat, sondern wie durch das Schreiben die eigenen Ressourcen entdeckt werden können. Kreatives Schreiben aktiviert den latenten Wortschatz. Mit Sprache wird nicht rezeptiv-analytisch, sondern selbstständig-subjektiv operiert.

Den gesellschaftlich und sozial „operierenden" Schriftsteller/Autor/Dichter/Schreiber/Pädagogen *Bertolt Brecht* in diesem Zusammenhang zu zitieren, hat Sinn. Denn *Bertolt Brecht* erlaubte sich den Blick über den literaturgattungsorientierten Tellerrand hinaus und nutzte für seinen Schreibprozess literarische Techniken, die „auf je spezifische Weisen erzieherisch eingreifen können. Er empfiehlt ..., ganz bewußt das Arsenal etablierter literarisch-dichterischer Gepflogenheiten zu verlassen, um sich anderen gesellschaftlich-kommunikativen Bereichen und technischen Möglichkeiten zuzuwenden. Brecht reaktiviert verschüttet geglaubte literarische, sprachliche Artikulationsformen von Menschen, und er nimmt plebejische Traditionen auf, um so das Lehren und Lernen in den gewohnten Erfahrungsalltag integrieren zu können" (*Koch* 1979, S. 129).

Der berufsbegleitende Masterstudiengang „Biografisches und Kreatives Schreiben" eröffnet neue Bildungschancen für soziale Berufe. Er entspricht der Forderung und Vorstellung von veränderten Bildungsstrukturen unter der Prämisse des lebenslangen Lernens. Der Wiedereinstieg in Bildungswege bietet die Chance zu mehr Eigenverantwortlichkeit im Leben und orientiert sich an der innovativen Gestaltung von Lernprozessen.

Literatur

Cremer, Claudia u. a.: Fenster zur Kunst. Milow/Berlin 1996
Freud, Sigmund: Notiz über den „Wunderblock". Gesammelte Werke, XIV, Werke aus den Jahren 1925-1931. Frankfurt am Main 1948, S. 3-8
Kertés, Imre: Mein Leben ist eine Fiktion. In: Der Tagesspiegel vom 10. Oktober 2006, S. 22
Koch, Gerd: Lernen mit Bert Brecht. Hamburg 1979

▸ Allgemeines

Europa muss sozialer denken. Europas Bürgerinnen und Bürger sind im weltweiten Vergleich glücklich, blicken aber sorgenvoll in die Zukunft. Das hat Roger Liddle, Berater für die EU-Kommission in Brüssel, in einem Bericht über die soziale Wirklichkeit in Europa festgestellt. Für diesen scheinbaren Widerspruch gibt es Gründe. Vielen geht es gut, aber Globalisierung und demographischer Wandel bedrohen den Wohlstand. Um deren Folgen abzufedern, muss in Europa aus seiner Sicht sozialer und nicht mehr einseitig ökonomisch gedacht werden. Das ist auch das Anliegen des Deutschen Caritasverbandes in Nordrhein-Westfalen. Freiwilliges Engagement, das zum Beispiel die Caritas einbringen kann, wird nach Ansicht von Liddle in Zukunft noch größere Bedeutung gewinnen: „Freiwilliges Engagement wird eine zunehmend bedeutende Rolle in der Entwicklung eines sozialen Europas spielen", stellte Liddle fest, der einige Jahre als Europaberater Tony Blairs gearbeitet hat. In seiner Studie führt er aus, dass insbesondere die Deutschen pessimistisch in die Zukunft schauen, es gebe Anlass zu Sorgen. Ein allgemeines Problem in Europa sei die mangelnde Anpassung der Bildungssysteme an den Arbeitsmarkt. So sei in einigen Staaten das Bildungsniveau in den letzten Jahren sogar gesunken. Es gebe aber auch positive Entwicklungen. Beispielsweise biete Europa heute den Menschen mehr Möglichkeiten, unterschiedliche Lebensentwürfe zu verwirklichen. Um die Debatte über den Weg zu einem sozialen Europa anzustoßen, sei es besser, voneinander zu lernen, als immer neue Gesetze zu erlassen. *Quelle: Presseinformation des Caritasverbandes für die Diözese Münster e.V. 88/2007*

StiftungsReport 2007. Schwerpunkt: Bürgerstiftungen. Hrsg. Bundesverband Deutscher Stiftungen. Selbstverlag. Berlin 2007, 189 S., EUR 18,90 *DZI-D-8043*
Der Bundesverband Deutscher Stiftungen ist der Dachverband für alle deutschen Stiftungen. Seit Jahren veröffentlicht er Zahlen und Daten sowie aktuelle Trends im deutschen Stiftungswesen. Als unabhängiges Kompetenzzentrum vertritt er die Interessen von Stiftungen gegenüber der Politik, motiviert zur Stiftungsgründung, informiert die Öffentlichkeit und will zu einer guten Stiftungskultur beitragen. Der vorliegende Report, der künftig mit wechselnden Schwerpunkten regelmäßig erscheinen soll, bietet einen Überblick über die Gesamtheit der deutschen Stiftungen im Jahr 2007 unter besonderer Berücksichtigung ihrer jeweiligen Ziele und Potenziale. Er enthält Statistiken sowie Interviews mit Expertinnen und Experten. Bestelladresse: Bundesverband Deutscher Stiftungen, Mauerstraße 93, 10117 Berlin, Tel. (030) 897 947-0
E-Mail: Verlag@Stiftungen.org

Arbeitslosenzahl sinkt 2008 auf 3,4 Mio. Nach einer aktuellen Arbeitsmarktprojektion des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) wird die Arbeitslosen-

https://doi.org/10.5771/0490-1606-2007-10-388 - am 25.04.2026, 08:49:49
Generiert durch IP '18.191.176.0', am 25.04.2026, 08:49:49.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

zahl im Jahresdurchschnitt 2008 auf rund 3,4 Mio. sinken. Dies entspräche einem Rückgang um 360.000 gegenüber 2007. Die Zahl der Erwerbstätigen werde mit 40,03 Mio. um 310 000 über derjenigen des Jahres 2007 liegen, die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten um 270 000. Der gegenwärtige Aufschwung habe sogar ein noch „freundlicheres Gesicht" als der Aufschwung in den Jahren 1999/2000, denn in den Jahren 2006 und 2007 wurden mehr Vollzeitarbeitsplätze geschaffen als im Vergleichszeitraum. Damals waren zwar viele Mini- und Teilzeitjobs entstanden, doch nur wenige Vollzeitstellen. Die Unterbeschäftigung insgesamt, also die registrierte Arbeitslosigkeit plus die sogenannte „Stille Reserve", wird dem IAB zufolge im Jahr 2008 auf 4,7 Mio. abnehmen. Damit wäre sie um gut 1,5 Mio. oder 24 % niedriger als im Jahr 2005. Damals wurden im Zuge der Hartz-IV-Reform die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zum Arbeitslosengeld II zusammengelegt. Die Abnahme der Arbeitslosigkeit wird nach Einschätzung des IAB die Unterbeschäftigung insgesamt auf ihren niedrigsten Stand seit 17 Jahren verringern. *Quelle: Presseinformation des IAB vom 22. August 2007*

Europäisches Netzwerk gegründet. Im März diesen Jahres gründeten Führungskräfte aus Organisationen des europäischen Dritten Sektors in Paris das europäische Netzwerk „euclid". Die 120 Gründungsmitglieder stammen aus 25 Ländern. Ziel ist es, den europäischen Dritten Sektor professioneller und innovativer zu gestalten. Geplant sind unter anderem hochwertige Bildungsangebote und eine Vernetzung der Mitglieder. Im Juni 2007 stellte sich euclid im Rahmen einer Informationsveranstaltung und eines Empfangs potenziellen deutschen Mitgliedern vor. Kontakt: www.euclidnetwork.eu. *Quelle: Paritätischer Rundbrief. Landesverband Berlin Juli/ August 2007*

▸ Soziales

Überstunden und Probearbeitende auf der Basis von Hartz IV. Während einer Erprobung haben Arbeitslosengeld-II-Empfangende nach einem Urteil des hessischen Landessozialgerichts keinen Anspruch auf die Bezahlung von Überstunden. Zwischen einem Betrieb und dem oder der zu erprobenden Arbeitslosen entstehe keinerlei Rechtsbeziehung, begründete das Gericht sein in Darmstadt veröffentlichtes Urteil. Es lehnte daher wie die Vorinstanz die Forderung eines Mannes auf 900 Euro Entgelt für Überstunden ab, die er nach eigenen Angaben in einem Metallbetrieb während der Erprobung geleistet hatte (Az.: 12 Sa 772/06). Der Kläger könne sich höchstens an die Arbeitsagentur wenden, wenn er meine, zu stark beansprucht worden zu sein, erklärten die Richter. Ein Überstundenverbot für Probearbeitende gebe es nicht. Es sei im Gegenteil eher so, dass auch die Belastbarkeit von Arbeitnehmern und ihre Bereitschaft zu Mehrarbeit Gegenstand der Probe sein können. Der Kläger hatte die Auffassung vertreten, täglich nur acht Stunden arbeiten zu müssen und darüber hinaus Anspruch auf Bezahlung zu haben. *Quelle: VdK Zeitung vom September 2007*

Mehr Witwer bekommen Rente. Seit etwa zehn Jahren bekommen deutlich mehr Männer eine Witwerrente, dafür immer weniger Frauen eine Witwenrente. Während die Gesamtzahl der Hinterbliebenenrenten seit Mitte der 1990er-Jahre konstant bei rund 5,5 Mio. liegt, hat sich das Verhältnis zwischen Witwen- und Witwerrenten erheblich verschoben. Erhielten 1980 nicht einmal 8 000 Männer in Westdeutschland eine – damals bedingte – Witwerrente, waren es im Jahr 2006 in ganz Deutschland bereits knapp 487 000. Hauptursache dieses Trends: Männer haben erst seit 1986 einen gleichberechtigten Anspruch auf eine Hinterbliebenenrente. Deshalb bekommen erst allmählich mehr Männer eine solche Rente gewährt. Darüber hinaus erwerben immer mehr Frauen Ansprüche auf eine eigene Rente, die im Todesfall an den Ehemann fällt. *Quelle: zukunft jetzt, Magazin der Deutschen Rentenversicherung, 3.2007*

Vom Reichsbund zum SoVD – Teil II: 1945-1948. Von Wolfgang Falk. Hrsg. Sozialverband Deutschland/Bundesverband. Selbstverlag. Berlin 2005, 125 S., EUR 3,– *DZI-D-8027*
Der zweite Teil der Chronik des Reichsbundes behandelt die Nachkriegsjahre, in denen Deutschland wirtschaftlich und politisch darnieder lag und in Besatzungszonen aufgeteilt war. Vielfach herrschten Hunger, Kälte und Wohnungsnot. Als die staatliche Kriegsopferversorgung aufgelöst wurde, machten sich Enttäuschung und Empörung unter den Betroffenen breit. Die Neuorganisation eines Kriegsopferverbandes war das Gebot der Stunde. Die erneute Gründung des Verbandes wurde im November 1946 realisiert. Wie bereits im ersten Teil hat der Autor die Geschicke und die Entwicklung des Sozialverbandes umfassend dargestellt. Bestelladresse: Sozialverband Deutschland/Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Zentrale Aufgaben, Agnes Wolz, Stralauer Str. 63, 10179 Berlin, Fax: 030/72 62 22-311, E-Mail: agnes.wolz@sovd.de

Unterstützungsbedarf beim Wohnen. Die Katholische Hochschule für Sozialarbeit Berlin führt unter der Leitung von Professor Monika Seifert in Kooperation mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband, Landesverband Berlin und der Eberhard Karls Universität Tübingen von 2007 bis 2009 eine von der Deutschen Behindertenhilfe – Aktion Mensch – geförderte Studie zum Thema Unterstützung des Wohnens für Menschen mit Behinderung durch. Das Projekt zielt darauf ab, fundierte Erkenntnisse für eine nachfragegerechte Weiterentwicklung des Wohnens für Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung im Land Berlin zu gewinnen. Schwerpunkt der Studie sind differenzierte praxisbezogene Untersuchungen in zwei Berliner Regionen. Hier sollen für Menschen mit Behinderungen in enger Kooperation mit deren Angehörigen und regionalen Anbietern sowie freiwillig Engagierten modellhaft sozialraum- und gemeinwesenorientierte Ansätze entwickelt und umgesetzt werden, die im Sinne der Zielvorgaben des Sozialgesetzbuches IX die Chancen zur Teilhabe am Leben in der Gesellschaft stärken (Teilhabeplan). Ziel ist, Entwicklungen anzustoßen, die die Lebenssituation und -perspektiven von Menschen mit geistiger und mehrfacher Behinderung nicht nur als Aufgabe der Behindertenhilfe, sondern auch des Stadtteils begreifen. *Quelle: BeB Informationen 32/2007*

▸ Gesundheit

Mehr Menschlichkeit. Drei Viertel der deutschen Bevölkerung (74,7 %) sind der Meinung, dass Ärzte und Ärztin-

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

nen im Umgang mit ihren Patientinnen und Patienten besser geschult werden sollten. Insbesondere sollten sie sich mehr Zeit für ein Gespräch nehmen. Dies ist ein Ergebnis der Umfrage „Arzt im Jahr 2020" des Institutes für Empirische Gesundheitsökonomie in Kooperation mit der Ruhruniversität Bochum. Lediglich 17,1 % der Befragten sind mit der jetzigen Situation zufrieden. 8,2 % enthielten sich einer Bewertung. Insgesamt wurden 1 043 Personen befragt, wie sie die ärztliche Versorgung beurteilen. *Quelle: Berliner Ärzteblatt 7/8.2007*

Mehr Heimplätze bei privaten Trägern. In Deutschland steigt die Zahl der Plätze in Pflegeheimen weiter. Nach der jüngsten Pflegestatistik des Statistischen Bundesamtes wurden deutschlandweit zwischen den Jahren 2001 und 2005 insgesamt 82 894 neue Plätze geschaffen, was einer Steigerung von 12,3 % entspricht. Ende 2005 gab es im gesamten Land 757 186 Pflegeheimplätze. Die Statistik belegt, dass vor allem die privaten Träger ihr Platzangebot gegenüber dem Jahr 2001, also innerhalb von vier Jahren, um 30,8 % steigerten. Die freigemeinnützigen Träger erhöhten ihr Angebot im gleichen Zeitraum um 8 %, demgegenüber ging die Zahl der Pflegeplätze öffentlicher Träger um 11,6 % zurück. Mit 59,3 % Gesamtanteil (2001 noch 61,7 %) sind die freigemeinnützigen Träger weiterhin mit Abstand größter Anbieter von Pflegeplätzen. Der Anteil der privaten Anbieter lag Ende 2005 bei 32,5 %. Öffentliche Träger unterhalten 8,2 % der Plätze in Pflegeheimen. *Quelle: Rotes Kreuz, Fachmagazin, 5/2007*

Demenz – eine Herausforderung für das 21. Jahrhundert. 100 Jahre Alzheimer-Krankheit. Referate auf dem 22. Internationalen Kongress von Alzheimer's Disease International Berlin, Oktober 2006. Hrsg. Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V. Selbstverlag. Berlin 2007, 543 S., EUR 10,– *DZI-D-8038*
Alzheimer's Disease International (ADI) ist die Dachorganisation von Alzheimer-Gesellschaften in 75 Ländern. Hundert Jahre, nachdem Alois Alzheimer die Krankheit erstmals beschrieben hat, die später nach ihm benannt wurde, ist deutlich, dass Demenzerkrankungen eine globale Herausforderung darstellen. Nach Schätzungen sind heute 24 Millionen Menschen betroffen, davon 5,4 Millionen in Europa. Der Band enthält Referate von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Angehörigen und Erkrankten sowie Berufstätigen in Forschung, Behandlung, Beratung, Pflege und Therapie. In den Beiträgen geht es unter anderem um Formen und Möglichkeiten nicht medikamentöser Therapie, die Verbesserung der Kommunikation mit Demenzkranken, kulturelle und ethische Aspekte, die Interessenvertretung der Betroffenen und die Unterstützung durch pflegende Angehörige. Bestellanschrift: Deutsche Alzheimer Gesellschaft e.V., Friedrichstraße 236, 10969 Berlin, Tel. 030/259 37 95-0, Fax: 030/259 37 95-29
E-Mail: info@deutsche-alzheimer.de

Gesundheitsförderung für Menschen in sozial schwierigen Lebenslagen. Was haben Alleinerziehende, Familien mit sehr geringem Einkommen, Arbeitslose, Flüchtlinge und Wohnungslose gemeinsam? Sie alle leben in sozial schwierigen Lebenslagen. Ihr Risiko, zu erkranken oder einen Unfall zu erleiden, ist im Vergleich zu Menschen ohne diese Belastungsfaktoren doppelt so hoch. Auch Angebote der Gesundheitsvorsorge und -förderung erreichen sie bisher deutlich seltener als die übrige Bevölkerung. Hier setzt die Arbeit des nationalen Kooperationsverbundes „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten" an. Der Zusammenschluss von 46 Organisationen präsentiert auf seiner Website www.gesundheitliche-chancengleichheit.de beispielhafte Angebote der Gesundheitsförderung. Die Handlungsfelder der Beispiele guter Praxis sind breit gefächert und richten sich an verschiedene Zielgruppen, Altersstufen und Lebenssituationen deutschlandweit zwischen Flensburg und Stuttgart, Cottbus und Magdeburg. Die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BzgA) hat den Verbund Ende 2003 ins Leben gerufen, um bewährte Ansätze der Gesundheitsförderung und innovative Angebote stärker zu verbreiten. Fast die Hälfte aller Angebote zeichnet sich durch eine niedrigschwellige Arbeitsweise aus. Das heißt, dass die Projekte in ihrer Arbeit unmittelbar auf die Zielgruppen zugehen und sich an deren Lebenswelt orientieren. Auf diese Weise können Barrieren überwunden und die Teilnahme an gesundheitsfördernden Angeboten kann erleichtert werden. Dazu gehören kostenfreie und mehrsprachige Angebote oder die Organisation von Betreuungsmöglichkeiten für Kinder parallel zu Kursen. „Gesundheitsförderung bei sozial Benachteiligten" ist ein Verbundprojekt der BZgA, der Bundesvereinigung Prävention und Gesundheitsförderung, der Landesvereinigungen für Gesundheit, Krankenkassen und Ärzte sowie der Wohlfahrtsverbände. *Quelle: Pressemeldung der Geschäftsstelle des Kooperationsverbundes vom 16. August 2007*

Bezahlter Pflegeurlaub. Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe e.V. begrüßt die Initiative von Bundesgesundheitsministerin Schmidt für einen bezahlten Pflegeurlaub von zehn Arbeitstagen für Familienangehörige. Zu den möglichen Kosten machte der Verband den Vorschlag, diese durch Mittel der Pflegeversicherung zu finanzieren, denn diese Finanzierung würde der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe der Pflege entsprechen und zur verbesserten Lebensqualität der Betroffenen beitragen. Pflege ist als integrale Aufgabe des Gesundheitswesens ein Thema, dem sich alle Akteurinnen und Akteure in dem Bereich stellen müssen. Darüber hinaus mahnte der Verband eine umfassende Reform der Pflegeversicherung und einen neu verstandenen Pflegebedürftigkeitsbegriff an. *Quelle: Pressemitteilung des DBfK vom 31. August 2007*

▸ Jugend und Familie

Jugendschutz und Handel. Seit dem 1. September 2007 dürfen Zigaretten nur noch an Volljährige verkauft werden. Der Handel muss daher sein Verkaufspersonal über die Anhebung der Altersgrenze von bisher 16 auf 18 Jahre informieren und auch auf die Konsequenzen bei Verstoß gegen das Abgabeverbot hinweisen. Wer Tabakwaren an Kinder unter 14 Jahren abgibt, muss mit einem Bußgeld von bis zu 2 000 Euro rechnen, bei der Abgabe an Jugendliche bis zu 1 000 Euro. Nach einer Mitteilung der Bayerischen Familienministerin Christa Stewens schließt das Abgabeverbot eine Lücke im Sinne einer Prävention im Jugendschutz. Je früher zu Rauchen begonnen werde, umso stärker werde der Körper in einer sensiblen Wachstumsphase betroffen. Die Risiken einer Gewöhnung mit gesundheitlichen Folgen seien deutlich erhöht. Um Kinder

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

und Jugendliche vor Passivrauch zu schützen, gilt ab Januar 2008 in allen Jugendeinrichtungen in Bayern ein striktes Rauchverbot. Alle Schulen, Kindertageseinrichtungen, Schullandheime, Jugendherbergen und Jugendfreizeiteinrichtungen sind dann vollständig rauchfrei, Raucherräume werden nicht zugelassen. *Quelle: Pressemitteilung des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen 395a.07*

Wohin steuert die stationäre Erziehungshilfe? Dokumentation. Hrsg. Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V. Selbstverlag. München 2007, 359 S., EUR 3,50 *DZI-D-7990*
Stationäre Hilfen stehen wie kein anderer Bereich der Jugendhilfe im Blickpunkt öffentlicher Kritik. Im Kern geht es dabei zum einen um die hohen Kosten, die durch Heimerziehung und andere Formen stationärer Betreuung verursacht werden. Zum anderen geht es aber auch um Fragen der Effizienz, der Nachhaltigkeit und um den Sinn dieser Hilfeformen. Die Kritik hat inzwischen zu erheblichen Diskussionen geführt, die dringend einer Klärung bedürfen. Dieser Band dokumentiert die Frage nach dem Sinn und Zweck stationärer Hilfen aus mehreren Perspektiven. Berücksichtigt werden unter anderem familiäre Belastungen, Bildung, Beteiligung, Geschlechtergerechtigkeit, interkulturelle Aspekte, Struktur- und Qualitätsfragen, ausgewählte Betreuungsformen und aktuelle Forschungsergebnisse. Bestelladresse: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V., Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/ 126 06-432, Fax: 089/126 06-417
E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

Sicherstellungsvereinbarungen nach SGB VIII zwischen öffentlichem und freiem Träger – Gesamtverantwortung versus Autonomie. Von Peter Frings und Britta Tammen. Selbstverlag AFET. Hannover 2006, 50 S., EUR 25,–*DZI-D-7954*
Nach Änderung des Sozialgesetzbuches (SGB) VIII durch das Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) am 1. Oktober 2005 hat sich der AFET mit der Umsetzung der für die Erziehungshilfe relevanten Paragraphen befasst. Deutlich wurde, dass es in der Praxis eine erhebliche Bandbreite an Interpretationen insbesondere zu den zentralen §§ 8a, 36a, aber auch zu § 72a SGB VIII gibt, die das Kindeswohl sicherstellen sollen. Die vorliegende Expertise befasst sich mit den nach dem SGB VIII notwendigen Vereinbarungen zur Sicherstellung des Kindeswohls unter besonderer Beachtung der Dichotomie Gesamtverantwortung versus Autonomie. Bestelladresse: AFET Bundesverband für Erziehungshilfe e.V., Osterstr. 27, 30159 Hannover, Tel.: 05 11/35 39 91-40, Fax: 05 11/35 39 91-50, E-Mail: info@afet-ev.de

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen in der Heimerziehung. www.dieBeteiligung.de ist die Adresse des „Netzwerkes für Beteiligung in der Heimerziehung". Die Internetseiten bieten all jenen ein Forum, die am Thema Beteiligung in der Heimerziehung arbeiten. Die Initiatorinnen und Initiatoren habe diesen Service im Rahmen eines Gemeinschaftsprojekts „Gelingende Beteiligung im Heimalltag aus der Sicht von Jugendlichen" entwickelt. Dieses Forschungs- und Entwicklungsprojekt wird durch die Stiftung Deutsche Jugendmarke e.V. gefördert. Es hat zum Ziel, zur Verbesserung und zum Ausbau von Beteiligungschancen in der Heimerziehung beizutragen. Eine Maßnahme des Projekts besteht in der Erstellung und Betreuung der Vernetzungs- und Serviceplattform. Neben Informationen zu dem Projekt finden Interessierte auch Fachinformationen zum Thema der Beteiligung in der Heimerziehung. Darüber hinaus wird sich in Zukunft das „Netzwerk für Beteiligung in der Heimerziehung", dem zahlreiche fachkundige Expertinnen und Experten aus dem Bereich der Jugendhilfe sowie betroffene Jugendliche angehören, auf der Internetseite vorstellen. Mitglieder dieses Netzwerks werden sich mit ausgewiesenen Kompetenzbereichen als Ansprechpartner und -partnerinnen für Fragen rund um die Heimerziehung zur Verfügung stellen. *Quelle: Mitteilung des Projektbüros an der Fachhochschule Landshut vom 28. August 2007*

▸ Ausbildung und Beruf

Bessere Stellenperspektiven für Sozialberufe? Auf der Basis der Berufsklassenangaben der Bundesagentur für Arbeit, die jedoch nur mit großer Einschränkung auf die Berufsabschlüsse von Erzieherinnen, Sozialarbeitern und Diplom-Pädagoginnen übertragen werden können, hat sich die Arbeitsmarktsituation dieser Berufe im Juli 2007 gegenüber dem Vorjahresmonat wieder verbessert. So minderte sich die Erwerbslosigkeit der Erzieherinnen und Erzieher um 22,6 %. Sozialpädagogen und Diplom-Pädagoginnen werden in der Statistik gesondert erfasst, so dass hier von einem hohen Anteil an akademischem Personal auszugehen ist. Hier minderte sich die Erwerbslosigkeit um 21,9 beziehungsweise 23,9 %. Nur bei den Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeitern und ähnlichen Berufen begrenzt sich die Abnahme auf 9,6 %, was darauf zurückzuführen sein dürfte, dass unter dieser Berufsklasse auch Tätigkeiten ohne oder mit nur kurzer Ausbildung erfasst wurden. Deutlich wird auch, dass die Erwerbslosigkeit nur mit geringen Abweichungen bei Frauen und Männern in gleichen Teilen abgenommen hat. Insgesamt ist die Erwerbslosigkeit in Sozialberufen bis Juli 2007 um 8 598 gesunken. In welchem Ausmaß die über 37 000 Ein-Euro-Jobs im sozialen Bereich für diese Abnahme verantwortlich sind, kann auf der Grundlage der vorhandenen Daten letztendlich nur vermutet werden. Von einer Trendwende auf dem Arbeitsmarkt für soziale Berufe kann – bis auf die Beschäftigung von Erziehern und Erzieherinnen – zurzeit noch nicht gesprochen werden. Nach wie vor ist die Arbeitslosenquote der Fachhochschul- und Universitätsabsolvierenden im Bereich Sozialarbeit/Sozialpdäagogik wesentlich größer als die der anderen akademischen Berufe, jedoch niedriger als im Durchschnitt des Arbeitsmarktes. *Quelle: newsletter des Deutschen Berufsverbandes für Soziale Arbeit vom September 2007*

Ehrenamt – Qualität und Chance für die Soziale Arbeit. Reader zur Sommeruniversität Ehrenamt 2006 Köln. Hrsg. Thomas Möltgen. Verlag Butzon & Bercker. Kevelaer 2006, 222 S., EUR 19,80 *DZI-D-8041*
Die Auffassung, dass ehrenamtliches Engagement im Sozialwesen auf lange Sicht unentbehrlich ist, hat längst breiten Konsens gefunden. Weniger beachtet wurde jedoch bislang der Aspekt, dass Freiwilligenarbeit wesentlich auch die Qualität der Sozialen Arbeit mitbestimmt. Der vorliegende Band enthält die wichtigsten Beiträge zur

Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.

„Sommeruniversität Ehrenamt 2006 Köln", die nach 2003 zum zweiten Mal für Studierende verschiedener Fachrichtungen und interessierte Ehrenamtliche durchgeführt wurde. Die Texte befassen sich zum Beispiel mit Themen wie „Freiwilligenarbeit aus ökonomischer Sicht", „Anerkennung ehrenamtlicher Arbeit", „Die Aufgabe von Sprach- und Kulturmittlern bei der Integration von Migrantinnen und Migranten" oder „Identitätsfindung im bürgerschaftlichen Engagement" und liefern neue Impulse für die gesellschaftliche Debatte zum Ehrenamt.

Berliner Gesundheitsbranche braucht interkulturellen Nachwuchs. Der Anteil von Schülerinnen und Schülern aus Migrantenfamilien liegt in Berlin bei über 25 %, ihr Anteil an Ausbildungsberufen im Gesundheitsbereich dagegen im einstelligen Prozentbereich. Bei dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel im Gesundheitssektor und einem steigenden Anteil an Patienten und Patientinnen mit Migrationshintergrund ist das eine soziale Schieflage, der gegengesteuert werden muss. Das Projekt „Active Health – Strategien für einen verbesserten Zugang von MigrantInnen zur Gesundheitsversorgung", eine Kooperation von Gesundheit Berlin, der BGZ Berliner Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit mbH und der Senatsverwaltung für Gesundheit, Umwelt und Verbraucherschutz, soll dazu einen Beitrag leisten. Als Ziel nennen die Kooperationspartner, Jugendliche mit Migrationshintergrund für Gesundheitsberufe zu interessieren und so für einen Karrierestart im Gesundheitsbereich zu gewinnen. Um den direkten Kontakt der Jugendlichen mit der Arbeitswelt zu fördern, wird ein Netzwerk von ehrenamtlichen Jobpatinnen und -paten aufgebaut. Diese sind bereits in Gesundheitsberufen tätig oder absolvieren derzeit eine Ausbildung. Sie haben selbst einen Migrationshintergrund und können als Vorbilder Hilfe zum Einstieg in den Beruf geben. In der nächsten Zeit sind im Rahmen von „Active Health" zudem Informationsveranstaltungen in Schulen, Stadtteileinrichtungen und Gemeinwesenzentren für Schülerinnen und Schüler sowie Eltern gemeinsam mit den Jobpaten in Planung. Kontakt: Gesundheit Berlin, Friedrichstraße 231, 10969 Berlin, Tel.: 30/44 31 90-72, Fax: 030/44 31 90-63, E-Mail: direske@gesundheitberlin.de

Call for Papers. Am 8. und 9. Mai 2008 findet in St. Pölten, Österreich, eine internationale Fachtagung zum Thema „Soziale Diagnostik – Stand der Entwicklung von Konzepten und Instrumenten" statt. Die Veranstaltenden, die Fachhochschule St. Pölten, Prof. Peter Pantucek, und die Hochschule für Angewandte Wissenschaften Hamburg, Professor Dr. Röh, wünschen vor allem Vortragende, die bislang existierende, schon erprobte oder auch noch zu entwickelnde diagnostische Konzepte, Methoden und Instrumente der Sozialen Arbeit vorstellen können. Weitere Erläuterungen unter www.diagnostik.fh-stpoelten.ac.at

Tagungskalender

7.-9.11.2007 *Potsdam.* Bundestagung 2007: Ist soziale Integration noch möglich? Die Wohnungslosenhilfe in Zeiten gesellschaftlicher Spaltung. Information: BAG Wohnungslosenhilfe e.V., Postfach 13 01 48, 33544 Bielefeld, Tel.: 05 21/143 96-14, Fax: 05 21/143 96-19

9.11.2007 *Berlin.* Integrationskonferenz: Gut miteinander wohnen! Was können Wohnungsunternehmen, Kommunen und freie Träger dafür tun? Information: GESOBAU AG, Wilhelmsruher Damm 142, 13439 Berlin, Tel.: 030/40 73-15 10, Fax: 030/40 73-1494
E-Mail: helene.boehm@gesobau.de

15.-16.11.2007 *Berlin.* Fachtagung: Kinderschutz, Kinderrechte, Beteiligung – für das Wohlbefinden von Kindern sorgen. Information: Sozialpädagogisches Institut im SOS-Kinderdorf e.V., Renatastraße 77, 80639 München, Tel.: 089/126 06-461, Fax: 089/126 06-417
E-Mail: info.spi@sos-kinderdorf.de

19.-20.11.2007 *Kassel.* Tagung: Individuelle Wege ins Arbeitsleben. Information: Aktion Psychisch Kranke e.V., Oppelner Straße 130, 53119 Bonn, Tel.: 02 28/67 67 40, Fax: 02 28/67 67 42, E-Mail: apk-bonn@netcologne.de

19.-20.11.2007 *Nürnberg.* 1. Nürnberger Armutskonferenz: Gemeinsam handeln gegen Armut. Information: ISKA Nürnberg, Gostenhofer Hauptstraße 61, 90443 Nürnberg, Tel.: 09 11/27 29 98 34, Fax: 09 11/929 66 90
E-Mail: armutskonferenz@iska-nuernberg.de

22.-23.11.2007 *Aachen.* Kongress des Deutschen Städtetages: Bildung in der Stadt.
Informationen: www.staedtetag.de, Veranstaltungen

3.-7.12.2007 *Weingarten/Oberschwaben.* Seminar für Führungskräfte: Zielorientierte Moderation. Moderationen konzipieren und realisieren. Information: Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart, Kirchplatz 7, 88250 Weingarten, Tel.: 07 51/56 86-0, Fax: 07 51/56 86-222
E-Mail: weingarten@akademie-rs.de

6.-7.12.2007 *Freiburg.* Wissenschaftliche Tagung: Wissen wir, was wir tun? Rekonstruktion in der Supervision. Information: Evangelische Fachhochschule Freiburg, Bugginger Straße 38, 79114 Freiburg
E-Mail: schneider@efh-freiburg.de

13.-14.12.2007 *Essen.* Kinderschutz – Workshop zur Gestaltung von Auflagen und Aufträgen im Gefährdungs- und Graubereich. Information: LüttringHaus, Institut für Sozialraumorientierung, Quartier- und Case Management, Gervinusstraße 6, 45144 Essen, Tel.: 02 01/28 79 14, Fax: 02 01/272 02 40, E-Mail: fortbildung@luettringhaus.info

https://doi.org/10.5771/0490-1606-2007-10-392
Generiert durch IP '18.191.176.0', am 11.09.2024, 18:59:47.
Das Erstellen und Weitergeben von Kopien dieses PDFs ist nicht zulässig.